LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4524
21. 07. 1999

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Josef Rosenbauer (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Gesundheitsökonomische Basisdaten

Die Kleine Anfrage 2293 vom 28. Juni 1999 hat folgenden Wortlaut:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit legte die Broschüre „Gesundheitsökonomische Basisdaten" vor.
In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie hoch liegen die Herstellungskosten der Broschüre in DM? Bitte eine genaue Auflistung: Zusammenstellung der Daten, Forschungsinstitut BASYS, Druckkosten etc., Gesamtkosten.
2. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus dem gewonnenen Zahlenmaterial über das Gesundheitswesen?
3. Welche konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung jetzt aus den gewonnenen Schlüssen über das Gesundheitswesen einleiten?
4. Wann wird konkret mit den Maßnahmen begonnen?

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Juli 1999 wie folgt beantwortet:

Obwohl in Deutschland jährlich mehr als 520 Milliarden DM für Gesundheit ausgegeben werden, ist die Datengrundlage für die Verwendung dieser Mittel nicht zufrieden stellend. Insbesondere auf regionaler Ebene fehlt es an belegbaren Erkenntnissen über die Ausgaben für die medizinische Versorgung.

Um Fehlallokationen zu vermeiden, müssen die Daten systematisch erfasst, aufbereitet und mit volkswirtschaftlichen Kenngrößen verknüpft werden. Damit erhält die Gesundheitspolitik eine bessere Grundlage, um zielgerichtete Entscheidungen treffen zu können.

Die Landesregierung hat deshalb die Initiative ergriffen und das Augsburger Forschungsinstitut BASYS mit der Erarbeitung eines landesbezogenen Konzepts beauftragt. Der vorgelegte Bericht zeigt die Umsetzung dieses Konzepts für die Jahre 1995 und 1996.

Zum ersten Mal stehen damit den Entscheidungsträgern auf Landesebene systematisch gegliederte Informationen über die Gesundheitsausgaben von Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Bei einer Fachtagung im März dieses Jahres haben die Vertreter verschiedener Institutionen des Gesundheitswesens den vorgelegten Untersuchungsbericht als systematische Analyse der Gesundheitsausgaben anerkannt und angeregt, die vorgeschlagenen Indikatoren weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Auch die Gesundheitsminister anderer Länder haben sich an der Untersuchung interessiert gezeigt.

Zu 1.:

Das Forschungsinstitut BASYS hat für die Durchführung der Untersuchung Mittel in Höhe von insgesamt 158 067,50 DM erhalten. Diese gliedern sich auf in Kosten für

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 6. August 1999

- die Erarbeitung der Konzeption im Jahre 1996	59 627,50 DM und
- die Umsetzung der Konzeption in 1997/1998	98 440,00 DM.
Darüber hinaus entstanden in 1998/1999 Kosten für Layout und Druck der Broschüre in Höhe von	13 697,74 DM.
Somit betrugen die Gesamtkosten	171 765,24 DM.

Zu 2.:

Das vorgelegte Material ist eine wichtige Entscheidungshilfe für die Landesregierung bei der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens. Der Untersuchung ist zu entnehmen, dass die Gesundheitsausgaben in Rheinland-Pfalz im Jahre 1996 17,7 Milliarden DM betrugen; dies waren 10,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Höhe von 169 Milliarden DM. Die Gesundheitsausgabenquote des Bundes betrug vergleichsweise 11,2 Prozent. Die geringere Quote in Rheinland-Pfalz lässt sich hauptsächlich auf eine günstigere Angebotsstruktur im stationären Bereich zurückführen. Dies wird auch deutlich an den bereinigten Kosten je Behandlungsfall: In Rheinland-Pfalz lagen diese mit 5 610,– DM deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 6 209,– DM.

Die Landesregierung sieht sich insofern bestätigt, gemeinsam mit den Beteiligten den stationären Sektor im Sinne der Krankenhausplanung umzusetzen und weiter zu entwickeln.

Zu 3. und 4.:

Die vorgelegte Untersuchung der Gesundheitsausgaben bezieht sich auf den Zeitraum 1995/1996. Bekanntermaßen haben seit 1997 erhebliche strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen stattgefunden. Sie sollen im Rahmen der begonnenen Fortschreibung untersucht werden. Erst danach soll über konkrete Maßnahmen entschieden werden.

In Vertretung:
Dr. Richard Auernheimer
Staatssekretär